

Pressemitteilung

2. Treffen der Verbandsspitzen des Güterkraftverkehrs- und Speditionsgewerbes der neuen Bundesländer und Berlins

(Berlin, 28.01.2006) Am 27.01.2006 kamen Repräsentanten aus den Präsidien, Vorständen und Geschäftsführungen der Verbände des Güterkraftverkehrs- und Speditionsgewerbes der neuen Bundesländer und Berlins zu einem erneuten Meinungsgaustausch zusammen.

Bereits Mitte des vergangenen Jahres hatten die Verbände in einem offenen Brief an die Abgeordneten des deutschen Bundestages auf die spezifischen Probleme des Verkehrsgewerbes in Ostdeutschland verwiesen und Forderungen zur Stabilisierung und Besserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an die Politik gerichtet.

Neben der Erörterung der Reaktionen auf diesen offenen Brief stand beim nunmehrigen Treffen eine weitere Konkretisierung der Forderungen unter Berücksichtigung der neuen politischen Prioritäten nach der Bundestagswahl und dem Regierungswechsel auf der Tagesordnung. Dazu zählte u. a. die in der Koalitionsvereinbarung fixierten Maßnahmen zur Harmonisierung und die beabsichtigte Aufhebung der Steuerfreiheit für Biodiesel.

Dabei wurden die zu erwartenden Auswirkungen der Ablehnung des Mineralölsteueranrechnungsmodells im Zusammenhang mit der Einführung der LKW-Maut in Deutschland durch die EU-Kommission am 25.01.2006 diskutiert. Die Verbände wiederholten ihre seit langem vorgebrachte Forderung nach Einlösung der von Bundestag und Bundesrat zugesagten größtmöglichen Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in Höhe von 600 Mio. EUR bei Einführung der Maut. Jetzt sieht das Verkehrsgewerbe der neuen Bundesländer und Berlins den neuen Verkehrsminister im Wort! Die Verbände fordern die Bundesregierung zum Handeln auf, unabhängig davon, ob die EU-Kommission die Bundesrepublik Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt

Ferner einigten sich die Verbände darauf, im Hinblick auf die zu erwartenden Entwicklungsbesonderheiten für Ostdeutschland in den kommenden Jahren in nächster Zeit eine Positionsbestimmung vorzunehmen, um weitere konkrete Empfehlungen und Forderungen an die Politik zu richten.

An der Zusammenkunft beteiligt waren folgende Verbände:

- Fachverband Möbelspedition Mitteldeutschland e. V.
- Fuhrgewerbe-Innung Berlin und Brandenburg e. V.
- Landesverband des Berliner und Brandenburger Verkehrsgewerbes e. V.
- Landesverband des Verkehrsgewerbes Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Landesverband des Sächsischen Verkehrsgewerbes e. V.
- Landesverband des Verkehrsgewerbes Sachsen-Anhalt e. V.
- Landesverband Thüringen des Verkehrsgewerbes e. V.
- Verband Verkehr und Logistik Berlin und Brandenburg e. V.